

Aufwärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und
0.30 Beleghe für den eigenen Bedarf. — Für
Ausland unter Streichband 1.25 (inkl. Postgeld). Preis der
Einzelnnummer 10 Pf. Verlagsort Hannover 6777.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus“,
„Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:
Die einseitige Zeile mit 10 Wörtern oder deren Raum 10 Pfennig.
Kleinanzeigen unter 10 Wörtern 5 Pfennig. 14 Wörtern 10 Pfennig.
Schluss der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfach
Hannover 6777.

Nr. 63.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Dienstag, den 17. März 1931.

13. Jahrgang.

Wer sich das Göttliche will und das Höchste im Leben
ersehnt,
scheue nicht Arbeit und Kampf, wage sich kühn in den
Sturm.
Nur ungewöhnliche Kraft darf nach Ungewöhnlichem
streben.

Körner.

Im Lichte des Deutschen!

Der Aufwärts vom 4. März 1931 — Nr. 53 brachte einen Artikel unter der Überschrift „Im Lichte des Auslandes“, in dessen letztem Satz u. a. gesagt war: „... und es muß gründlich ausgedrückt werden mit den sattem bekannten Redensarten, mit denen man im Unternehmertum und seitens der Parteigänger des Kapitalismus die wahre Lage zu verschleiern sucht.“ Die Schriftleitung des Aufwärts hat bereits durch die hinter dem Worte Kapitalismus eingeschobene Frage „(nur des Kapitalismus?)“ zu erkennen gegeben, daß sie einen wesentlichen Punkt des Artikels in Frage stellen will. Das ist zu begrüßen, doch darf der Artikel auch aus den Reihen der Aufwärtsleser nicht unwidersprochen bleiben. Der Ausländer — es ist der französische Journalist Charles Reber — hat sich in Deutschland umgesehen und folgendes gefunden: „Im Mittelpunkt des Erdteils kommt ein Volk vor Hunger um. Das ist die brutale Wahrheit, und die Nationalisten, die in Europa wüten, tragen die Schuld daran.“ Soweit kann man einverstanden sein. Wenn das, was der Franzose als das Ergebnis seiner Umschau hier bringt, auch nicht schwer zu erkennen war, so ist die Weiterverbreitung solcher Stimme eines Ausländers und besonders eines Franzosen doch ein Verdienst. Denn unsere Staatslenker haben leider diese Erkenntnis noch immer nicht gewonnen und glauben es, während sie den gleichen tausendfältigen Stimmen aus Deutschland gegenüber taub sind, vielleicht einem Franzosen, daß das deutsche Volk nicht daran ist, zugrunde zu gehen. Nun aber führt „Censor“ — so zeichnet der Verfasser unseres Artikels — den Franzosen weiter wie folgt an: „Das Bild, das nirgends übertrieben ist, streift an Wahnsinn, denn dazu kommt nun: Im Westen Berlins, am Kurfürstendamm breitet sich ein schreiender Luxus aus, und die Läden strotzen von Lebensmitteln und französischen Früchten, wie man sie niemals in Frankreich findet. Und hier muß man den Schlüssel für die Lage suchen, in diesem Widerspruch, in diesem Dualismus: Deutschland kann die Jahresraten für den Youngplan bezahlen. Aber das Deutschland, das bezahlen kann, schafft, wie Minister Stegerwald sagt, sein Geld — 6 bis 7 Milliarden — nach der Schweiz. Es stiehlt und bezahlt nicht. Und das Deutschland, das tatsächlich bezahlt, ist am Ende seiner Kräfte. Der Verantwortliche an der ganzen Lage ist der Kapitalismus, das kapitalistische System!“ — Hier hört das Licht auf, hier hat Charles Reber nur mit den Augen des Franzosen gesehen, hier kommt der Pferdeschuh zum Vorschein! Aber deshalb brauchte man die Feder nicht anzusetzen, denn von einem Franzosen kann man wahrlich nichts anderes erwarten. Bedauerlich aber und unserer Widerspruch herausfordernd ist es, daß der Verfasser unseres Artikels auch hier dem Franzosen uneingeschränkt beipflichtet und der Ansicht ist, daß „trotz alledem immer noch Volksvermögen vorhanden sind, die an sich völlig ausreichen, unser Volk in allen seinen Schichten ausreichend zu ernähren und auch noch in beschränktem Maße an eine Abtragung der uns aufgezogenen Lasten zu gehen“, wenn nur die gegenwärtige ungerechte Verteilung der Güter erst durch eine wenigstens „annähernd gerechte“ ersetzt sein werde.

Der ungeheure Druck von außen, der seit dem Kriegsende auf unserm Volke lastet, würde in jedem anderen Volke die Wirkung gehabt haben, das Volk zu einer nationalen Wille zum Zusammenstehen mit einer Einheitsfront gegen den äußeren Feind. Nicht so beim deutschen Volk! Hier hat der äußere Druck im Inneren zerfetzend gewirkt. Es gibt viele Deutsche, die sehen nicht mehr den äußeren Feind mit seiner Tributforderung, sie sehen nur noch den deutschen Bruder, der noch etwas mehr hat und „zahlen kann“. Und wenn dieser dann sein noch vorhandenes Vermögen dem Zugriff des deutschen Staates, der in diesem Fall nur noch der Hüter des Feindes ist (denn Krieg ist trotz aller „Verständigung“ noch immer) dadurch zu entziehen versucht, daß er es ins neutrale Ausland verbringt, dann „stiehlt er und bezahlt nicht!“ Und verantwortlich dafür, soll der „Kapitalismus“ sein! Dazu kann man nur sagen „Herr, dunkel ist der Rede Sinn“. Mir scheint daran ein anderer Jsmus, den

der Franzose weiter vorn auch erwähnt hat, schuld zu sein, nämlich der „in Europa wütende“ französische und belgische „Nationalismus“, d. h. die Ueberbarmung des nationalen Gedankens, die hier zu einer schamlosen Erpresserpolitik gegen das unterlegene und durch grotesken Betrug wehrlos gemachte deutsche Volk führt.

Nachdem wir es auf 5 Millionen Arbeitslose gebracht haben; nachdem der Staat die (durchaus nicht zu hohen) Beamtengehälter und Ruhegehälter empfindlich gekürzt hat, und zwar diktatorisch, mit Notverordnung, gegen den Reichstag; nachdem die deutschen Städte und Landkreise unmittelbar vor dem finanziellen Zusammenbruch angelangt sind; nachdem ein Sachkenner wie Dr. Schacht, der frühere Reichsbankpräsident, öffentlich im Auslande erklärt hat, er würde von morgen früh 8 Uhr an nicht mehr einen Pfennig Reparationen zahlen, braucht wohl zu der Ansicht „Censors“, das deutsche Volk könne sich noch in allen seinen Schichten ausreichend ernähren und auch noch in beschränktem Maße an eine Abtragung der uns aufgezogenen Lasten gehen“ nichts mehr gesagt zu werden. Nur auf das eine sei doch noch kurz hingewiesen: Es ist doch eine mehr als oberflächliche Betrachtungsart, wenn jemand von den an Lebensmitteln und französischen Früchten strotzenden Läden am Kurfürstendamm in Berlin einen Schluß auf die Fähigkeit des deutschen Volkes zur Bezahlung der Tribute ziehen will. Es sei hier daran erinnert, daß die Tribute nach dem Youngplan etwa 2 Milliarden Goldmark jährlich betragen, wozu noch etwa die gleiche Summe für Zinsen hinzukommt; denn wir haben die Tribute schon bisher nur mit vom Ausland geborgtem Gelde bezahlt! Auch dieser letztere Umstand allein für sich sollte doch eigentlich als Beweis für die Zahlungsunfähigkeit Deutschlands genügen!

S. v. S.

Welche Berufe sollen unsere Töchter wählen?

Unter diesem Titel erschien im „Aufwärts“ in Nr. 46 vom 24. 2. ein Artikel von Margarete Zander, der von hohem Idealismus und großer Vaterlandsliebe zeugt, der aber trotzdem nicht unwidersprochen bleiben darf.

Vieles ist in diesem Artikel nur zu wahr, und wir Frauen würden es gewiß begrüßen, wenn die Berufswahl eines jeden Deutschen unter dem Gesichtspunkt getroffen würde: Wie nütze ich nicht mir am meisten, sondern meinem Volk und Vaterland. Wir Frauen würden es auch von Herzen begrüßen, wenn wir alle in Berufen tätig sein könnten, die unserer Neigung und unserer Eigenart entsprechen, denn das ist es ja auch, was die Berufswahl des Mannes bestimmt. — Die Not der Zeit zwingt heute alle Frauen in den Beruf, und der weitestgrößte Teil selbst der begabtesten unter ihnen kann nicht die Wege gehen, die in dem Artikel gezeigt werden, denn nicht immer werden die nötigen Mittel zur Verfügung stehen, die ein Studium oder die Ausbildung als Fürsorgerin usw. erfordert. Die Kreise, wo diese Mittel vorhanden sind, kommen für den Beamten oder Kaufmannsberuf nicht in Frage.

Nun muß man die Dinge aber richtig ansehen, wie sie sind. Die Ehelosigkeit der Männer, also der männlichen Altersklassen, die heiratsfähig sind, wird durch ganz andere und viel schwerwiegendere Gründe bedingt. Da ist zunächst mal die Wohnungsnot, die schlechte Wirtschaftslage und überhaupt die furchtbare Verelendung unseres Volkes. Die Frau mit ihrer Berufstätigkeit ist also weniger die Ursache, aber leider ist sie mehr und mehr in dem heutigen Kampf der Prellblock geworden.

Ich selbst bin mehr als 20 Jahre berufstätig, und meine Arbeit stellt mir etwa gleich viel Kolleginnen wie Kollegen zur Seite. Ich habe die Frauen zum größten Teil stets opferfreudig und sehr vaterlandsliebend gefunden. Wie gerne würden sie ein Opfer bringen, wenn dem Volke damit geholfen würde! Aber leider muß es gesagt werden, daß die wenigsten der Männer, die die Frauenarbeit bekämpfen, soweit kaufmännische oder dergleichen Kreise in Frage kommen, dies tun, weil sich eine mangelnde Leistungsfähigkeit der Frau herausgestellt hat, oder weil sie das Wohl des Volkes als Ganzes im Auge haben, sondern — so hart es klingt, und so ungern es hier gesagt wird — weil sie ihren eigenen Interessen dienen wollen. Es wird dies, wie schon erwähnt, nur sehr ungern ausgesprochen, denn wir Frauen verstehen wohl die Einstellung des Mannes zu unserer Arbeit, ist es doch der jedem Menschen innewohnende Selbstbehauptungstrieb, der sie hervorruft. Wenn man aber die Frauen öffentlich zum „Opfern“ auffordert, so muß ihnen auch erlaubt sein, den eigentlichen Ursachen nachzuspüren, und die Dinge wahrheitsgemäß darzustellen.

Gerade das Feld der mechanischen Tätigkeit, auf dem, wie in dem erwähnten Artikel gesagt wird, die Frauen so sehr leiden, wird von den Männern willig den Frauen überlassen. Oder glaubt die Verfasserin ernstlich, daß sich ein Mann findet, der in normalen Zeiten — die, wie wir doch alle hoffen, recht bald für unser geliebtes Deutschland wiederkehren werden — tagaus, tagein und Jahr für Jahr nur Rechnungen schreibt?

Es hat sich ja auch die Frau nicht aus Modesucht oder Ehrgeiz, nicht „freiheits- oder verdiensthungrig“ in den Existenzkampf hineingestellt, der ihr neu und daher doppelt schwer für sie war, sondern die bittere Not hat sie hineingetrieben. In wie vielen Fällen hat der Krieg sie ihres Vermögens und ihrer Stütze beraubt! Man frage einmal bei den Finanzämtern an, wer den Steuernachschuß für mittellose Angehörige erhält, eine Vergünstigung, die nur unter völliger Klarlegung der Verhältnisse gewährt wird, und man wird sehen, daß es in neun unter zehn Fällen Frauen sind, die für ein oder auch für beide Eternteile den Lebensunterhalt verdienen. Diese Angehörigen würden natürlich bei mangelhafter, unzureichender Bezahlung der Frau der öffentlichen Fürsorge zur Last fallen.

Man mag die Art und das Vorgehen der früheren sogenannten Frauenrechtlerinnen noch so sehr verurteilen, heute erkennen wir Frauen es dankbar an, was sie für uns erstrebt haben. War nicht früher die unverheiratete Frau im Alter auf die Hilfe der verheirateten Geschwister angewiesen, denen sie selbst bei dem besten Willen oft nur ein lästiger Brotesseer war?

Es ist eine furchtbare Mahnung, die Margarete Zander den Eltern zuruft, wenn sie schreibt: „Nicht jener Gesichtspunkt darf für die Berufswahl der Mädchen heute ausschlaggebend sein: Welcher Beruf gewährt mir meinen Lebensunterhalt, verhilft mir zur freien Entfaltung meiner Persönlichkeit und bietet mir jetzt und später die meisten Vorteile?“

Wir wollen dieses etwas abmildern und sagen: Gebt Euern Töchtern, so weit es eben geht, einen Beruf, der sie auf ihren späteren Beruf als Gattin und Mutter vorbereitet, der möglichst dem Wohle des Volkes dient aber laßt nicht das Wohl des Kindes für spätere Zeiten wenn es vielleicht alleinsteht, aus dem Auge!

Welche Mutter und welcher Vater könnte das eigene Gewissen so ungeheuer belasten, sein Kind einer ungewissen Zukunft und einem Alter ohne Selbstständigkeit und ausreichende Verdienstmöglichkeit auszuliefern, weil es die augenblickliche trostlose Wirtschaftslage scheinbar erheischt?

Es ist dies auch nicht gottgewollt. Die Natur, die den Frauenüberschuß hervorbrachte, hat jedem Lebewesen, auch der Frau, das Recht gegeben, danach zu streben, seine Gaben voll auszunutzen, dem Ganzen damit zu dienen und selbst ein zufriedener Mensch zu werden. Daneben legte Gott in jedes Frauenherz den tiefen Wunsch nach dem schönsten und heiligsten Beruf der Frau, dem der Gattin und Mutter! Dieses wird stets die Stellung der Frau im öffentlichen Leben bestimmen, und darum ist mir trotz der Frauenarbeit um die Zukunft Deutschlands nicht bange!

Und wenn dann später, wie die Verfasserin sagt, Deutschland einmal wieder für seine Kinder sorgen und das Alter jeder weiblichen Angestellten sicherstellen kann, dann werden die Verhältnisse auch so liegen, daß sich für jede Arbeitskraft ein Plätzchen findet, und daß jede weibliche fleißige Hand sich den Unterhalt verdienen kann, ohne öffentliche Wohlfahrt in Anspruch nehmen zu müssen. Dann werden auch die Stimmen schweigen, die jetzt so heftig das Frauenstimmrecht bekämpfen, weil man erkannt hat, daß der Einschlag der Frau, die doch auch zum Volke gehört, die der Religion und Kirche ungleich näher steht als der Mann, und der als Gattin und Mutter die Erziehung der jungen Generation obliegt, durch Stimmabgabe öffentlich auswirken und so dem Volke mit dem Weg weisen muß, den es zu gehen hat.

M. S. B.

Uniformverbot ungültig?

Entscheidung des Kammergerichts.

Eine Anzahl Nationalsozialisten und Kommunisten wegen Uniformtragens auf Grund der Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten von verurteilten Straftatbeständen verurteilt worden waren, hatte beim Kammergericht Berufung eingelegt. Das Kammergericht hat sich nunmehr auf den Standpunkt gestellt, daß die Verordnung des Polizeipräsidenten ungültig ist, da sie nicht im Einklang mit dem Paragraphen 118 der Reichsverfassung und dem Paragraphen 10 Absatz 2 und 17 des allgemeinen Landesrechts zu bringen ist. Rechtsgültig ist diese Entscheidung noch nicht.

Rettung oder Verfall?

Von Atlanticus.

„Gott hat es nicht gewollt, daß jemand sich abschnidet und doch kein Brot hat für sich und die Seinen. Noch weniger hat Gott es gewollt, daß einer mit der Kraft und dem Willen zur Arbeit zum Bettelstab verurteilt wird, weil keine Arbeit da ist.“

Ratlosigkeit ohnegleichen zeigt sich überall, wohin man sieht und hört, Verzweiflung und Ratlosigkeit greifen mehr und mehr um sich, Hoffnungslosigkeit von einem nie gekannten Ausmaß begegnet jedem auf Schritt und Tritt. Sind diese Hoffnungslosigkeit, diese Verzweiflung, diese Ratlosigkeit berechtigt?

Wenn man sich vor Augen hält, welche Entwicklung die Dinge genommen haben, wie die gesamte Finanz- und Wirtschaftslage, statt sich aufzulockern, immer verkrampfter geworden ist, wie ferner an Stelle der zugesagten Steuererleichterungen immer nur mehr Steuern zwangsweise dem geduldeten Volke aufgedrückt werden, und trotzdem immer wieder von neuen Fehlbeträgen die Rede ist, so kann man die Verzweiflungssituation, der man begegnet, nur als berechtigt ansehen.

Indessen muß man andererseits auch zugeben, daß die Unsicherheit aller Berechnungen, die heute richtig sein mögen, morgen aber schon längst überholt sind, in erster Linie von der katastrophalen Arbeitslosigkeit her stammt. Sie zu beseitigen müßte also die erste Vorbedingung sein, um überhaupt wieder einigermaßen sicheren Boden für die Vorkämpfer zu gewinnen. Anders ist dem ganzen Leiden nicht beizukommen. Da hat man nun seit Jahr und Tag die Einführung der Arbeitsdienstpflicht vorgeschlagen, um dadurch den Arbeitsmarkt um rund eine Million Menschen zu entlasten. Man hat kürzlich vom Arbeitsministerium aus auch „schon“ Erwägungen und Verhandlungen darüber eingeleitet, ob sich eine zwangsweise Arbeitsdienstpflicht oder ein freiwilliger Arbeitsdienst einrichten lasse. Merkwürdigerweise hat man dazu das Gremium, das sich seit längerer Zeit mit der Frage befaßt, nicht hinzugezogen, sondern nur Organisations- und Einzelpersonen, die der Arbeitsdienstpflicht ablehnend gegenüberstehen. Man kann sich vorstellen, daß damit dieser Frage ein Begräbnis erster Klasse bereitet werden sollte, aber die Reichsarbeitsgemeinschaft für Arbeitsdienstpflicht — die nicht hinzugezogen war — hat erklärt, daß sie in der Verfolgung der für uns so lebenswichtigen Angelegenheit nicht nachlassen werde.

Weshalb man behördlicherseits der Einführung einer allgemeinen Arbeitsdienstpflicht so ablehnend gegenüber steht, ist nicht klar ersichtlich, denn die vom Regierungsvertreter vorgebrachten Gründe waren mehr als fadenscheinig, die Zahlen, die vorgebracht wurden, wie hinterher zugegeben werden mußte, nicht stichhaltig. Die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht mag gewiß ihre großen Schwierigkeiten haben, aber das darf in unserer Lage kein Hinderungsgrund sein. Soviel ist sicher, sie wäre die radikalste Lösung, und, weil durch sie eben alle erfaßt würden, auch die gerechteste und daher beste.

Die Arbeitsdienstpflicht allein aber kann die Schäden nicht mehr beseitigen. Dazu haben sich die Dinge allzu lange in katastrophaler Richtung bewegen dürfen. Sie sind soweit gediehen, daß auch die anderen ins Auge gefaßten Rettungsaktionen vielleicht zu spät kommen.

Das zweite Grundübel, das zu beseitigen ist, ist der zerrüttete Absatzmarkt. Ihn zu beleben, ist eine anscheinend unlösliche Aufgabe, wenn man bedenkt, wie durch

die steuerlichen Einkommens-Konfiskationen die Kaufkraft der weitesten Volkskreise immer mehr vernichtet worden ist.

Entzieht man einem Wirtschaftskörper mehr von dem zum Leben nötigen und zum Eigenaufbau nötigen Stoff, so muß er eben zum Erliegen kommen. Nichts anderes aber bedeutet das Stilllegen so mancher früher blühender Wirtschaftszweige. Indem man der Wirtschaft an Abgaben aller Art immer mehr aufpachte, zwang man sie dazu, den für unsere deutschen Verhältnisse gefährlichen und unpassenden Weg amerikanischer Rationalisierung zu versuchen. Durch sie aber wurden immer weitere Kreise früherer Abnehmer der Produkte verdrängt, sank damit die Kaufkraft des Binnenmarktes immer weiter, bis sie jetzt nicht weit mehr vom Nullpunkt entfernt ist. Der Binnenmarkt aber ist in allen Ländern der Welt heute der wichtigste, ja, vielfach der einzige mögliche, nachdem das Auslandsgeschäft infolge Verringerung der Weltabsatzgebiete immer geringere Chancen bietet. Eine Aenderung zum Guten oder gar ein Wandel ist völlig ausgeschlossen, denn die früher wichtigsten Aufnahmefelder haben sich längst eigene Industrien geschaffen. Das sollte man bei Erörterungen über das Thema: Binnen- oder Auslandsmarkt ja nicht vergessen. In der ganzen Welt wird niemand deutsche Waren kaufen, wenn er sie von Lieferanten anderer Länder zu gleichen Bedingungen erhalten kann. Es ist tatsächlich nicht so, daß der Kaufmann jeder Nationalität von Neigung oder Abneigung aus politischen Gründen nichts weiß. Im Gegenteil, frei von jeder Hemmung nationaler Rachempfindung ist nur der Deutsche, wenn es um geschäftlichen Vorteil geht. Leider, leider muß man das immer wieder feststellen. Dazu kommt aber weiter, daß die deutschen Geschäftsführer die weitgehenden Kreditbewilligungen, die zum Beispiel von den amerikanischen Konkurrenten eingeräumt werden, gar nicht machen können. Sie fallen also schon darum bei den meisten Geschäften, wo sie gegen die Yankees konkurrieren müssen, aus.

Die oben erwähnte Rationalisierung hat auch sonst nicht den Erfolg gehabt, den man sich von ihr fälschlicherweise versprochen, denn die durch sie erzielten Ersparnisse kamen nicht etwa nun der Bildung von eigenem Betriebskapital zugute, sondern der Moloch Steuerfiskus holte sie sich. Teilweise flossen sie in Form von Reparationszahlungen in die Taschen des Auslandes, was übrig blieb, verschlang Reich, Staat, Gemeinde für oft unfinnige, für ein verarmtes Land geradezu unpassende Ausgaben.

So war denn die Wirtschaft gezwungen, mit Leihkapital zu arbeiten, das zum größten Teil vom Ausland heringebracht war. Der Zinsendienst für dieses gepumpte Arbeitskapital in Verbindung mit den ungeheuren Abgaben an die „öffentliche Hand“ ist es nun gewesen, dem viele im Grunde gesunde Unternehmungen ihren Ruin verdanken. Dazu kommt noch die zwar gut gemeinte, aber miserabel durchgeführte „Rettungsaktion“ für die Landwirtschaft, die, anstatt Rettung zu bringen, das qualvolle Sinken dieses wichtigen Nährstandes nur noch schauriger macht.

So sehen wir also ein Wirtschaftsleben, das unter pfleglicher Behandlung, trotz aller Erschwerungen und aller „Welterkrisen“, sich sehr wohl aus Eigenem hätte behaupten und damit retten können, wenn es nicht seit nun über einem Jahrzehnt dauernd der Eisenbarthur sozialistischer und gemischt sozialistisch-kapitalistischer Experimente unterworfen worden wäre.

Bis jetzt ist immer noch kein brauchbarer Weg gefunden, der aus der verfahrenen Lage herausführen kann. Auch die Idee: „Wir müssen uns nur tüchtig Geld vom Ausland leihen, dann hat es schon Interesse an unserem Wohlergehen“, ist als falsch erwiesen. Ihre Durchführung, soweit sie überhaupt möglich war, hat nur dazu geführt, daß wichtige Teile unserer nationalen Wirtschaft in gefährlicher Weise überfremdet worden sind. Es gibt so manches deutsche Unternehmen, das hierdurch nicht nur seine Selbstständigkeit, sondern sogar sein Dasein verloren hat, sobald es dem fremden Tributheeren in seinen Kram paßte. Damit aber lagen nach kurzer Beschäftigungs-freude viele hunderttausende deutscher Arbeiter und Angestellter auch auf der Straße.

Die derzeitige Reichsregierung nun — das muß man anerkennen, auch wenn man ihre Mitte und Wege für falsch hält — geht mit einem Schwung und einer Siegesgewißheit an die für richtig angenommene Aufräumarbeit, die allerhand Achtung abnötigt. Ihr guten Glauben an die Durchführbarkeit ihrer Pläne abzuwachen, wäre ungerecht. Die Herren glauben ganz sicher daran, daß ihren Plänen voller Erfolg beschieden sein wird. Man darf auch füglich annehmen, daß selbst ihre Gegner von dem vollen Erfolg der bereits bekannten Maßnahmen überzeugt sind. Der Unterschied besteht nur darin, daß die Reichsleitung damit die Rettung meint, ihre Gegner aber den weiteren Verfall.

Es ist wohl verständlich und nicht unberechtigt, daß man in weiten Kreisen des Volkes die Ansicht der Opposition teilt, denn sie haben zu lange selbst am eigenen Leibe die Folgen sozialistischer „Aufbau“-Künste erfahren. In allem aber, was jetzt geschieht und geschehen soll, kann man doch nur die Fortsetzung dieser Maximen einer trockenen Sozialisierung erblicken. Dazu kommt noch die ultramontan-sozialistische Partnerschaft, die es bislang immer noch nicht zu einer grundlegenden, den veränderten Verhältnissen angepaßten Neuordnung in Preußen kommen ließ — einzig und allein die Schuld des Zentrums.

Mit alten Methoden wird weiter gearbeitet, und wo immer sich Ansätze dafür zeigen, daß mit dem als schädlich Erwiesenen aufgeräumt werden soll, flugs wird von Preußen her die Gesundungsaktion „kontrolliert“. Das zeigte sich besonders bei den Unstimmigkeiten über das Osthilfeprogramm, womit beileibe nicht gesagt werden soll, daß es nicht auch sonst noch genug Beispiele dieses Sich-in-die-Hände-Spielens gibt.

Diesen Praktiken gegenüber kann es daher wohl kaum Wunder nehmen, wenn mindestens die Volkskreise, die bei der letzten Wahl den Parteien schärfster antimarkistischer Einstellung ihre Stimme gaben, kein Vertrauen für die Pläne und Absichten der Reichsleitung ausbringen können. Abbaumaßnahmen, Reichsanstalten usw. gelten ihnen nicht als nur Hilfsmittel. Verarmte, Festbesoldete und die von der Lohnverringerung betroffenen Arbeiter vermögen einfach nicht den Glauben daran aufzubringen, daß alle diese und ähnliche Maßnahmen nicht zur ständigen Einrichtung werden, während sie andererseits mit Ingrimm bemerken müssen, daß wohl ihre Einnahmen für sie selbst sehr spürbar sich verringerten, aber nicht ebenförmig ihre Ausgaben für das nackte Leben, von den anderen Dingen ganz zu schweigen.

Selbstverständlich hat es nicht an dem guten Willen der maßgebenden Stellen gelegen, wenn die ganze Preis-

Choral — polizeilich verboten!

Die „D. Allg. Ztg.“ vom 8. 3. 31 berichtet folgenden unbegründeten Vorgang:

Am Volkstrauertag fand in Niederschönhausen unmittelbar nach dem Gottesdienst am Ehrenmal für die Gefallenen eine Gedächtnisfeier statt. Das Ehrenmal steht dicht neben der Kirche auf dem der Kirchengemeinde gehörigen umzäunten alten Kirchhof. Die Ordnung für die Feier war wie in den Vorjahren in einem Programm festgelegt. An der Feier nahmen die Vereine mit ihren Fahnen und Hunderte von sonstigen Kirchenbesuchern teil. Man wartete auf die Posaunenklänge. Aber weder der Anfangschoral noch der Schlusschoral wurde gespielt. Warum nicht? Als nach Beendigung des Gottesdienstes der Zug mit den Fahnen sich dem Ehrenmale näherte, eilte ein Polizeileutnant auf den Leiter des Posaunenchores zu und fragte ihn, was gespielt werden sollte. Auf dessen Antwort: 1. Choral: „Jesus, meine Zuversicht“, 2. „Ich hatt' einen Kameraden“, 3. Choral: „Ich bete an die Macht der Liebe“, kam der kurze Befehl des Leutnants: Soeben telefonische Anordnung des Polizeikommandos: Es darf nur gespielt werden: „Ich hatt' einen Kameraden“. Der Choral also polizeilich verboten, verboten auf eigenem Grund und Boden der Kirchengemeinde, verboten auf einem evangelischen Friedhof! Ein ungeheuerlicher Vorgang, der starke Erregung und Erbitterung auslöste.

Vor einiger Zeit kam vom Alexanderplatz her zum Hackeschen Markt ein längerer Zug, der durch ein Auto, voll besetzt mit Schupo-Leuten, angeführt wurde. Dem Schupoauto folgten in langsame Fahrt 3 andere Autos. Auf jedem dieser Autos standen zwei Holzfiguren in Lebensgröße, je einen evangelischen und einen katholischen Geistlichen in vollem Ornat darstellend. Auf dem ersten Wagen beide predigend, brüllend, Fahren mit weit aufgerissenen Mäulern, die Arme wie zum Segnen in die Luft streckend. Auf dem zweiten Auto beide vor Weinsäffern sich betrinkend, auf dem dritten der eine sich übergebend usw. Derartige bodenlose Gemeinheiten und Kirchenhändlungen niedrigster Sorte, von sogenannten Freizeithern inszeniert, aller Kultur hohnsprechend, dürfen sich frei und ungehindert auf der Straße sehen lassen,

sie stehen unter dem Schutz und Schirm der Polizei. Wer etwa in begreiflicher Erregung über diese Gemeinheiten sich an ihren Trägern und Darstellern vergreifen hätte, wäre unfehlbar dem Gummiknüppel verfallen gewesen. Aber eins der edelsten Stücke deutsch-evangelischer Kultur, der Choral, darf sich in der Öffentlichkeit nicht hören lassen, er erhält keinen Schutz, er wird von der Polizei verboten, also sabotiert. Dieses Verbot, diese Sabotage wird dadurch nicht weniger verwerflich, daß der Offizier erklärt haben soll, es täte ihm leid, aber Befehl sei Befehl. Es macht die Sache nur noch schlimmer, wenn, wie behauptet wird, darauf hingewiesen worden sei, daß „die Gegenpartei“ an den Choralen Anstoß nehmen und durch Artikel in Zeitungen der Polizei Ungelegenheiten bereiten könnte. Eine Behörde hat doch nicht nach den Instinkten der Masse zu handeln, sondern nach dem Wort und dem Geist der Verfassung, auf die sie geschworen hat. Dieses Choral-Verbot hat einen hohlewissenschaftlichen Einschlag. In den Krankenhäusern haben Stadträte damit angefangen. Die Polizei setzt es auf einem evangelischen Kirchhof fort. Hätte die Polizei auch auf einem katholischen Kirchhof ein solches Verbot ausgesprochen? Würden sie auch das Spielen oder Singen der Internationale verboten haben, weil es der Gegenpartei nicht gefiele?

Natürlich hat der Polizeioffizier — es war nicht der hiesige Reviervorsteher, der beurlaubt war — mit solchem Verbot nur getan, was ihm befohlen wurde. Er mußte gehorchen. Auch das betreffende Schutzpolizeikommando wird vielleicht höheren Befehlen gefolgt sein. Dann läge aber dort die volle Verantwortung für den unerhörten Eingriff in ein geheiligtes Recht. Solange wir nicht maßgebende Instanzen haben mit unbedingter Achtung vor den verfassungsmäßigen Rechten des Volkes, solange der sogenannte neutrale Staat eben nicht neutral, sondern in bestimmten seiner derzeitigen Vertreter in ganz einseitiger und engstirniger Weise parteipolitisch eingestellt ist, so lange wird auch je der Gummiknüppel — und nicht nur immer rein geistig — über dem Choral drohend schweben. Und der Choral ist doch nur ein Stück unseres geistigen Lebens, das in „dieser Zeiten Sturmgebraus“ in Gefahr steht. Seine Befreiung hat symptomatische Bedeutung für unser ganzes geistiges Leben überhaupt. Hoffen wir und arbeiten wir, daß sich das bald grundlegend ändert.

Pfarrer Collin, Niederschönhausen.

Die Sareptaschule,

das neue Lyzeum in Bethel.

Bisher war in Bethel eine Rektoratschule für Mädchen vorhanden, welche Bethelschule hieß. Mit Genehmigung des Herrn Ministers wird die Schule zu Ostern 1931 in ein öffentliches Lyzeum umgewandelt. Sie erhält den Namen Sareptaschule, weil die Diakonissenanstalt Sarepta die Verwaltung der Schule übernommen hat. Bereits erhebt sich auf dem Zionsberg, ganz in der Nähe der Zionskirche und unmittelbar neben der Haushaltungsschule das neue Gebäude des Lyzeums, in herrlicher Lage am Walde mit dem Blick auf die Sparenburg. Wenn das Gebäude auch noch nicht zu Ostern ganz fertig gestellt sein wird, und wir uns noch eine Weile in den bisherigen Räumen der Schule behelfen müssen, so hoffen wir doch, daß im Laufe des Sommers die Einweihung des neuen Schulgebäudes erfolgen kann, und wir freuen uns darauf. Tüchtige Lehrkräfte sind für die Schule bereits gewonnen, und so dürfen wir hoffen, daß durch unsere Schule die Zahl der bewußt evangelischen Lyzeen im Lande wieder um eins vermehrt ist.

Eine besondere Eigentümlichkeit unserer Schule war es immer, daß die Kinder unter Aufsicht der Lehrkräfte ihre häuslichen Arbeiten anfertigen konnten. Diese Einrichtung soll beibehalten und noch ausgebaut werden.

Mit dem Lyzeum wird auch ein Mädchenheim (Internat) verbunden, in welchem die auswärtigen Kinder unter Leitung frischer, fröhlicher Diakonissen in christlichem Geiste erzogen werden und ihnen alles geboten wird, was man in Erziehung des Elternhauses bieten kann. Eine Anzahl von Meldungen für das Mädchenheim liegt bereits vor, und eine tüchtige Leiterin ist gefunden, die mit großer Freude an ihre Arbeit gehen will.

Unmittelbar neben unserer Schule liegt die Haushaltungsschule, die nach dem Plan einer Frauenschule arbeitet und vom Herrn Minister im vorigen Jahre die sogenannte „Große Anerkennung“ erlangt hat. Schülerinnen, welche unser Lyzeum erlernt haben, haben also die Möglichkeit, sogleich nach ihrer Schulzeit in der Haushaltungsschule sich weiter zu bilden.

Es dürfte der Wunsch aller Freunde Bethels sein, daß die neue höhere Schule eine Stätte des Segens für viele Schülerinnen ist. Nähere Auskunft über die Schule erteilt Schulkat Dr. Schmidt in Bethel.

Tagung

Ansprachen Sch

Beimar, 1. Dir selbst“ ver Sonntag in We mit einem groß venheit des Präsidenten des Reichstagsabgeord des Hessen-Raß Landvolkführer Nationaltheater Staatsminis Thüringer Land dache zunächst fährers der Lan Thüringer Land minster dankte und seinem zäh legungen für ein nisse zu schaffe der Vorwurf ge keiten ausgenut verbessern. Nach bildung der Reie mit den nation

Ren

Gutachten de

Der Vorläu Gutachten müßprogramm. Gutachtungs m schulen, bei der eine gesunde

Es wird t Imcheidung d hend geförder, reiches gegie gestellt werden zu dem Extrat des Siedlers er

Wenn auf unter Berücks dver einzelnen T und auch geig nisse, insbeson und die Befriede bessern, so müß wendigkeit der gesunden Mentat jenderer Nachd

Ohne die A den alle Hilfsm es erforderlich, allgemeinen M durchzuführende Abgeben nad Inorganisation gebildet würden ausdehrende M in allen vorhan könne.

Es käme n Betriebe zu entf zu stellen, die mehr in ihrer rung auch die bodenständigen Landwirtschaft und der Abnah aufs engste ver würden. Die E dürfe nicht daz anderen kenach

ter Weg ge-
herausführen
tätig Geld
resse an un-
Ihre Durch-
hat nur dazu
den Wirtschaft
ind. Es gibt
ch nicht nur
ein verloren
feinen Kram
schäftigungs-
ter und An-

es muß man
d Wege für
einer Sieges-
aufräumungs-
Glaube
zuerkennen,
sicher daran,
sein wird.
ihre Gegner
en Mahnah-
nur darin,
meint, ihre

rechtigt, daß
der Oppo-
am eigenen
ünfte erfah-
sehen soll,
gimen einer
nommt noch
die es bis-
den veran-
g in Preu-
Schuld des

let, und wo
m als schäns-
wird von
trekarriert".
keiten über
gesagt wer-
g Beispiele

daher wohl
die Volks-
schärfter
gaben, kein
Leitungs-
chnotoper
ahmen. Be-
rerringerung
den Glau-
nd ähnliche
tung wer-
bemerkten
st sehr fühl-
ihre Aus-
ren Dingen

ten Willen
anze Preis-

n Bethel.

e für Möd-
t Genehmi-
Ostern 1931
erhält den
alt Saecpta
Bereits er-
der Zions-
stiftungsschule
r Lage am
Wenn das
rtig gestellt
den bisher-
hoffen wir
eichung des
freuen uns
ule bereits
durch unsere
Lageen im

Schule war
Lehrkräfte
Diese Ein-
werden.
im (Inter-
Kinder un-
christlichem
oten wird,
ram. Eine
legt bereits
ie mit gro-

e Haushal-
schule ar-
tre die so
Schülerin-
en also die
der Haus-

abbau-Aktion nicht funktionierte. Die Dinge des öko-
nomischen Lebens und Widerstands lassen sich eben nicht
durch Gesetzesparagrafen regeln, sondern unterliegen
eigenen ewig geltenden Gesetzen, während der den Ge-
setzen des Landes mehrlos ausgelieferte Beamte, Ange-
stellte, Arbeiter, wie jeder andere Steuerzahler durch
einen Uffas um mehr oder weniger beträchtliche Prozente
seines Einkommens gebracht werden kann.

Vertrauen und Glauben lassen sich nicht erzwingen,
sie können nur durch Erfahrung und Leistung gewon-
nen werden. Bei allen Sanierungsversuchen aber, die
bisher unternommen worden sind, ist nichts herausge-
kommen, was auch nur einigermaßen Vertrauen und
Glauben rechtfertigen könnte. So sieht man denn leider
nur den einen Glauben immer weiter um sich grei-
fen, daß es immer noch weiter hinein ins Elend geht.

Schließlich aber muß auch ruhige und sachliche Ueber-
legung sich gegen die Auffassung sträuben, daß Vorbedin-
gung für eine Revisionsaktion gegen die untragbaren
und unverantwortlichen Tributlasten die vorhergehende
Ausbalancierung unseres Haushaltes sei. Gegenpieler,
die, wie die untrigen, uns immer nur bösen Willen ge-
zeigt haben, werden hohnlachend Revisionsforderungen
eines Deutschland zurückweisen, das zum Beweise seiner
Leistungsfähigkeit seinen Haushalt aus eigener Kraft
zu sanieren vermöchte. Gerade weil dieser Haushalt durch
die unerfüllbaren Tributlasten zerrüttet wurde, sind wir

dahin gekommen, wo wir stehen. Da daneben auch die
rein oder verkappt sozialistischen Regiekünste das Uebel
noch vergrößert haben, ist eine Frage, die uns allein an-
geht und nicht die Tributempfänger. Die Zerrüttung
des deutschen öffentlichen und privaten Haushaltes sollte
Grund genug sein, die Unmöglichkeit weiterer Tribut-
zahlungen nachzuweisen.

Aus der Wirtschaft läßt sich nun nicht mehr heraus-
holen. Jetzt ist der sowieso schon kärglich genug gestellte
Beamte, Angestellte und Arbeiter daran, her-
zugeben, was man glaubt, noch von ihm
fordern zu können — aber weder ein Aufhören der De-
fizite, noch ihre Verringerung ist in Sicht. Nirgends auch
nur der leiseste Hoffnungsschimmer auf Rettung, sondern
nur die Anzeichen weiteren Verfalls. Sollte das nicht
Grund genug sein, endlich einmal denen die Chance zum
Besserwerden zu geben, denen über sechs Millionen
Deutsche ihr Vertrauen ausgesprochen haben?

Warum scheut man sich, diesen Gegnern der heutigen
Leitung die Gelegenheit zu geben, entweder sich als Mei-
ster der Dinge zu erweisen, oder ihre Unfähigkeit zu be-
weisen? Schlimmer als es heute ist, könnte es bei ihrem
Verfall kaum noch werden. Es würde höchstens für
die Opposition selbst schlimm, denn sie würde scharen-
weise ihre Anhänger verlieren. Sollte das aber denen,
die heute so liebend gern oben bleiben möchten, gar
so unerwünscht erscheinen?

„Bauer, hilf dir selbst!“

Tagung des Thüringer Landbundes.

Ansprachen Schieles und Graf Kaldreuths. — Billigung
der Agrarpolitik Schieles.

Weimar, 15. März. Unter der Parole „Bauer hilf
dir selbst“ veranstaltete der Thüringer Landbund am
Sonntag in Weimar eine Führer- und Kampftagung, die
mit einem großen Bauerntag verbunden war. In An-
wesenheit des Reichsernährungsministers Schiele, des
Präsidenten des Reichslandbundes Graf Kaldreuth, des
Reichstagsabgeordneten Sepp, Vorsitzenden des Landbun-
des Heffen-Rassau und vieler anderer hervorragender
Landvolksführer fand die Hauptkundgebung im Deutschen
Nationaltheater statt.

Staatsminister Baum, der zweite Vorsitzende des
Thüringer Landbundes, eröffnete die Tagung und ge-
dachte zunächst des immer noch erkrankten Reichspartei-
führers der Landvolkpartei und ersten Vorsitzenden des
Thüringer Landbundes Höfer. Dem Reichsernährungs-
minister dankte der Redner dafür, daß es seiner Politik
und seinem gähen Willen gelungen sei, viele Voraus-
setzungen für eine bessere Entwicklung der Agrarverhält-
nisse zu schaffen. Der jetzigen Reichsregierung müsse
der Vorwurf gemacht werden, daß sie nicht alle Mög-
lichkeiten ausgenutzt habe, die Lage der Landwirtschaft zu
verbessern. Nach wie vor fordere das Landvolk eine Um-
bildung der Reichsregierung, die sich der Zusammenarbeit
mit den nationalen Kräften nicht verweigern dürfe. Die

Mahnung zur Mitarbeit richtete der Minister auch an
die Nationalsozialisten und die Deutschnationalen, deren
Auszug aus dem Reichstag kein Bauer verstehen könne.

Darauf sprach der Reichsernährungsminister Schiele,
von der Versammlung stürmisch empfangen.

Nach ihm ergriff Graf Kaldreuth das Wort.

Nachdem noch der Führer des Bayerischen Jungland-
bundes und ein Vertreter des Bundes der Landwirte
aus Böhmen gesprochen hatten, überbrachte Reichstags-
abgeordneter Hepp die Grüße des erkrankten Partei-
führers Höfer.

Einstimmig fand eine Entschließung Annahme, in der
der Thüringer Landbund seinen parlamentarischen Ver-
tretern, insbesondere dem Reichsernährungsminister
Schiele, für die bisher der Landwirtschaft geleisteten
Dienste dankte. Das Ziel der Beseitigung der Landwirt-
schaftsnot und die damit verbundene Wiederbelebung
der deutschen Wirtschaft könne nur erreicht werden durch
aktivste nationale Gemeinschaftsarbeit und strengste
Pflichterfüllung jedes einzelnen. Allen Kräften, die die
nationale Front schwächen und die Erreichung dieses
Zieles hemmen, sagten die Thüringer Bauern den schärf-
sten Kampf an.

An diese und zahlreiche Parallelschulungen schloß
sich ein Aufmarsch der Bauern auf dem Marktplatz an,
wo noch einmal Reichstagsabgeordneter Hepp und der
preussische Landtagsabgeordnete Bonfili kurz das Wort
nahmen. Die Gesamttagung verlief ohne Störungen.

Rentabilität das Ziel.

Gutachten des Reichswirtschaftsrates zur Osthilfe.
— Berlin, 16. März.

Der Vorläufige Reichswirtschaftsrat verabschiedete
am Gutachten zu den Gesetzentwürfen über das Ost-
hilfeprogramm. Darin wird u. a. empfohlen, bei den
Entwicklungsmassnahmen nur solche Betriebe umzu-
schaffen, bei denen die Gewähr besteht, daß sie dadurch
eine gesunde Wirtschaftsgrundlage erhalten.

Es wird betont, daß im Zusammenhang mit der
Umgestaltung der Siedlung im Osten nicht nur weitge-
hend gefördert, sondern daß auch für die Siedlung aus-
reichendes geeignetes Land zu Preisen zur Verfügung
gestellt werden muß, die in einem richtigen Verhältnis
zu dem Ertragswert stehen und ein Weiterkommen
des Siedlers ermöglichen.

Wenn auf der einen Seite die Hilfsmassnahmen
unter Berücksichtigung der individuellen Verhältnisse
der einzelnen Teile des Ostens so umfassend wie möglich
und auch geeignet sein müßten, die Verkehrsverhält-
nisse, insbesondere auf dem Gebiete der Kleinbahnen,
und die Befriedigung kultureller Bedürfnisse zu ver-
bessern, so mußte auf der anderen Seite auf die Not-
wendigkeit der Herstellung einer ausreichenden und
gesunden Rentabilität der östlichen Landwirtschaft be-
sonderer Nachdruck gelegt werden.

Ohne die Wiedergewinnung der Rentabilität wür-
den alle Hilfsmassnahmen zwecklos bleiben; deshalb sei
es erforderlich, daß neben den auf der Grundlage eines
allgemeinen Agrarprogramms für das gesamte Reich
durchzuführenden Massnahmen, insbesondere in den
Eckgebieten nach einheitlichen Gesichtspunkten die Ab-
sicherungsorganisationen der Landwirtschaft derartig durch-
geleitet würden, daß damit eine Gesundung und eine
ausreichende Rentabilität der östlichen Landwirtschaft
in allen vorhandenen Betriebsgrößen gefunden werden
könne.

Es käme nicht darauf an, die landwirtschaftlichen
Betriebe zu entschulden und auf eine bessere Grundlage
zu stellen, die Umschuldungsmassnahmen müßten viel-
mehr in ihrer Gesamtlage wie in der Einzeldurchfüh-
rung auch die Gewähr dafür bieten, daß die im Osten
bodenständigen gewerblichen Betriebe, die mit der
Landwirtschaft, ihrer Versorgung mit Bedarfsgütern
und der Abnahme ihrer Erzeugnisse in ihrer Existenz
aufs engste verbunden sind, funktionsfähig erhalten
würden. Die Einteilung des Ostens in Ostlandklassen
dürfte nicht dazu führen, einzelne Teile über Gebühr
anderen benachteiligten Teilen vorzuziehen.

Politischer Mord in Hamburg.

Das Opfer ein kommunistisches Mitglied
der Hamburger Bürgerschaft.

Hamburg, 15. März. Das kommunistische Bürger-
schaftsmitglied Ernst Henning ist in der vergange-
nen Nacht gegen 12.40 Uhr in einem Autobus, der von
Zollenspieker nach Hamburg fuhr, kurz hinter Ochsen-
werder erschossen worden.

Wie die Hamburger Polizei mitteilt, befand sich Hen-
ning in Begleitung eines Parteigenossen auf der Fahrt
nach Hamburg. In Zünfshausen bestiegen drei Männer
den Autobus, die zunächst ruhig Platz nahmen. Plötz-
lich erhoben sie sich, zogen Revolver hervor und riefen
den Fahrgästen zu: „Hände hoch!“ Dann fragten sie Hen-
ning, ob er das kommunistische Bürgerschaftsmitglied
André sei und forderten ihn auf, seine Papiere zu ze-
igen. Als Henning seinen Namen nannte, riefen sie:
„Dich suchen wir gerade.“ In demselben Augenblick
gaben sie eine Anzahl Schüsse auf Henning ab, sprangen
alsdann aus dem Wagen und schossen noch von drau-
ßen mehrfach in den Wagen hinein. Henning wurde da-
bei getötet, während eine Lehrerin Verwundungen erlitt.
Die Täter konnten in der Dunkelheit entkommen. Im
Interesse der Untersuchung können weitere Einzelheiten
zur Zeit nicht bekannt gegeben werden.

Ein Anschlag gegen Goebbels. In ähnlicher Weise
wie kürzlich beim Berliner Polizeipräsidenten wurde
jetzt gegen den nationalsozialistischen Reichstagsabge-
ordneten Goebbels durch Zusendung eines Postpaketes
mit Schwarzpulver ein Anschlag versucht. Das Päckchen
enthielt Sprengkörper, unter denen eine Streichholz-
schachtel lag, die mit Schwarzpulver gefüllt war. Dank
der Vorsicht des Angestellten, der die Sendung öff-
nete, mißlang der Anschlag.

Lebenslängliches Zuchthaus für Uebertretung
der Prohibitionsgeetze.

Berlin, 16. März. In Kansas City wurde, nach
einer Meldung Berliner Blätter aus New York, der 55-
jährige F. P. Butler, der wegen Uebertretung der Pro-
hibitionsgeetze bereits viermal vorbestraft worden war,
nunmehr zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurteilt.

Werbe-Ruf des Handwerks.

Eröffnung der Reichs-Handwerks-Woche. — Führer-
abordnung bei Hindenburg.

— Berlin, 16. März.

Aus Anlaß der Reichs-Handwerks-Woche empfing
Reichspräsident von Hindenburg, der Ehrenmeister des
deutschen Handwerks, eine Abordnung des Handwerks,
bestehend aus dem Vorsitzenden des Reichsverbandes
des Deutschen Handwerks Vertien, dem Präsidenten des
Deutschen Handwerks- und Gewerbelammetages Pflug-
macher, dem Präsidenten der Handwerkskammer Berlin
Ludwig und den geschäftsführenden Präsidialmitglie-
dern Dr. Mensch und Hermann.

Die Abordnung berichtete dem Reichspräsidenten
über Ziele und Zweck der Reichs-Handwerks-Woche und
über die wirtschaftliche Lage im deutschen Handwerk.
Am Schluß der Besprechung gab Reichspräsident von
Hindenburg seinem besonderen Interesse für das deut-
sche Handwerk und seinen besten Wünschen für einen
guten Erfolg der Reichs-Handwerks-Woche Ausdruck.

In Berlin wurde die Reichs-Handwerks-Woche
mit einer Kundgebung im Gebäude des Reichswirt-
schaftsrats eröffnet, zu der sich Reichskanzler Dr. Brü-
nning, Reichsarbeitsminister Siegenerwald, Reichstagsabge-
ordneter Esser, Staatssekretär Dr. Trendelenburg und
Stadtrat Kinscher eingefunden hatten. Hinter dem Prä-
sidententisch hatten Fahnenabordnungen sämtlicher Zu-
nungen Aufstellung genommen.

Die Begrüßungsansprache hielt der Vorsitzende des
Reichsverbandes des Deutschen Handwerks, Friedrich
Derlien-Hannover, der dem Reichspräsidenten Gruß
und Dank des deutschen Handwerks entbot.

Mit Stolz, erklärte der Redner, nenne das Handwerk
den Reichspräsidenten seinen Ehrenmeister. Sinn und Zweck
der Handwerkswoche solle sein: Das deutsche Volk an sein
Handwerk und das Handwerk an seine Aufgabe in der
Wirtschaft und in der Gemeinschaft des Volkes zu er-
innern.

Die Aufgabe des Handwerks

In der Volksgemeinschaft werde am besten umrissen in einem
Ausdruck von Schulz-Delitzsch, der einmal gesagt habe:
„Tätige Bürger machen den Staat und nicht
umgekehrt.“ Die soziale Pflicht des Handwerks bestehe
darin, jedem Berufsangehörigen die Möglichkeit des Auf-
stiegs zu geben. Die soziale Pflicht des Handwerks beruhe
aber nicht auf dem Fürsorgegedanken, sondern auf dem alten
Spruch: „Jeder ist seines Glückes Schmied.“ Selbstverant-
wortung, Selbsthilfe und Selbstverwaltung seien nicht allein
das Fundament des Genossenschafts- und Innungswesens
geworden, sie seien auch die Grundlage des Wirtschafts-
lebens, ja, des Gemeinschaftslebens überhaupt. Jedenfalls
wolle das Handwerk an seinem Berufsstand festhalten, die
Reichs-Handwerkswoche solle dafür ein Ausdruck sein. Der
erle Bunich des Handwerks sei, so schloß der Redner, daß
man es wieder besser kennen und verstehen lerne, der
zweite, daß das Handwerk Freunde in allen Lagern ge-
winne, und der dritte, daß es in einer befriedeten,
gefunden deutschen Volkswirtschaft bald wieder
ein erntiertes Handwerk geben möge.

Die Grüße der Reichsregierung und der preussis-
chen Staatsregierung überbrachte Reichskanzler Dr.
Brü n i n g. Der Reichskanzler begrüßte den vom Hand-
werk betundenen Willen zur Selbsthilfe und erkannte
die große politische, wirtschaftliche und soziale Bedeu-
tung des deutschen Handwerks an. Heute sei das Hand-
werk ein Mittler und eine der wenigen Berufsarten,
die noch ein Berufsethos kennen und bewahrt pflegen.
Wenn das deutsche Handwerk acht Millionen Men-
schen ernähre, dann zeuge das für die Lebensfähigkeit
dieses alten Wirtschaftszweiges.

Der Präsident des Deutschen Handwerks- und
Gewerbelammetages, Ernst Pflugmacher-Magdo-
burg, dankte dem Kanzler für die anerkennenden Worte
und gab der Hoffnung Ausdruck, daß bald der Tag kom-
men möge, der das deutsche Volk in einmütiger Arbeit
zur Wiederaufrichtung seiner Wirtschaft verbunden sehe.
Mit einem Hoch auf den Reichspräsidenten von Hin-
denburg und dem Gesang des Deutschlandliedes fand
dann die eindrucksvolle Feier ihren Abschluß.

Bayerischer Landesgewerbetag.

— München, 16. März.

In München wurde die Reichs-Handwerks-Woche
mit einem Bayerischen Landesgewerbetag eröffnet. Der
im alterwürdigen Rathausaal stattfindenden Veran-
staltung wohnten Vertreter der Staatsregierung und
des Landtages bei, ferner Vertretungen der Reichsbe-
hörden, der Reichswehr, der Reichsfinanzverwaltung,
der Reichsbahn, der Reichspost und vieler anderer Be-
hörden. Ministerpräsident Heß führte aus, Bayerns
Staatsregierung wisse sehr wohl die Bedeutung des
Handwerks und Gewerbes zu würdigen.

Aufgabe des Staates sei es, nicht nur das Hand-
werk zu schützen vor unantwarter Konkurrenz, sondern
ihm auch die geistige Grundlage zu geben, deren es zur
Erfüllung seiner Arbeit bedarf. Es könne für das ganze
Volk kein größeres Anglück geben, als wenn die Mittel-
standsklasse des Handwerks aufgerieben würde. Das
Handwerk sei auch berufen, die künstlerische Seite ge-
werblicher Tätigkeit zum Ausdruck zu bringen, eine
Aufgabe, die gerade in Bayern und in München von
größter Wichtigkeit sei.

Kirche, Schule, Mission.

Bodelschwingh-Gedächtnisfeier in Berlin-Friedrichshain.

Die „Bosische Zeitung“ schreibt darüber: „Der An-
drang war so gewaltig, daß die Versammlung bereits eine
halbe Stunde vor Beginn polizeilich geschlossen werden
mußte und eine Parallelsammlung in der Bartholo-
mäuskirche angelegt wurde. Unter den zahlreichen Eh-
rengästen befanden sich Reichskanzler Dr. Brü n i n g,
Staatssekretär Dr. Geib vom Reichsarbeitsministerium
und Bürgermeister Scholz, Generalsuperintendent D.
Karow, D. Dr. Kapfer, der Präsident des Ev. Kir-
chenausschusses, und D. Steinweg, Direktor des Zentr-
alausschusses für Innere Mission. Generalsuperinten-
dent D. Karow sprach die Begrüßungsworte. D. Kähler,
Generalsuperintendent in Stettin, würdigte das Wirken
Bodelschwinghs. Pastor Fr. v. Bodelschwingh gab ein
ungemein lebendiges Bild von dem Leben und der Ar-
beit in den Betheler Anstalten.“

Genfer Abkommen angenommen.

In zweiter Lesung. — Kommunistischer Migrantenantrag gegen Stegerwald.

— Berlin, den 14. März 1931.

Der Reichstag befaßte sich in zweiter Lesung mit dem Genfer Handelsabkommen. In der Abstimmung wurde die Vorlage angenommen. Für das Handelsabkommen stimmten die Sozialdemokraten, das Zentrum, die Staatspartei, die Mehrheit der Deutschen Volkspartei und die Kommunisten. Die dritte Beratung des Abkommens soll am Montag erfolgen.

Der zweite Teil der Beratung wurde mit der Beratung des Stats des Reichsarbeitsministeriums ausgesetzt. Im Verlaufe der Debatte wurde von den Kommunisten ein Mißtrauensantrag gegen Reichsarbeitsminister Stegerwald eingebracht.

In der Debatte über das Handelsabkommen erklärte Abg. Goerke (Komm.) in der Vorlage ein Musterbeispiel für die vom Völkerbund getriebene Heuchelei. Abg. Geraner (Bayer. Vp.) bekämpfte den Entwurf und befürchtete von seiner Durchführung eine schwere Schädigung des deutschen Handels, Obst- und Gemüsehandels. Abg. Geyer (Landvolk) setzte sich für die Ablehnung des Genfer Abkommens ein. Dieses Abkommen greife tief ein in die Verhältnisse der deutschen Landwirtschaft und würde uns nur wirtschaftlich interessieren. Stimme der Reichstag der Vorlage zu, dann dürfe die Reichsregierung von der Grundgesetz keine Gebrauch machen.

Abg. Dr. Schneider-Dresden (D. Vp.) legte dem Abkommen nur geringe praktische Bedeutung bei. Wenn seine Fiktion dem Vertrag zustimme, dann mache sie damit eine Verbeugung vor dem Geist der Handelsvertragspolitik, aber sie entferne sich nicht von der agrarischen Schutzpolitik. Ungeachtet unserer hohen Getreidepreise sei eine schädigende Wirkung für unsere Landwirtschaft nicht zu befürchten.

Abg. Graf v. Helldorf (Hörsing) bedauerte das Gerüchten der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten. Die Regierung dürfe von der Ermächtigung nicht Gebrauch machen, bevor nicht feststehe, daß sämtliche übrigen Staaten das Abkommen ratifizieren. Abg. Frenke (Wirtsch.) begrüßte die Tendenz des Abkommens, lehnte die Vorlage aber wegen Einzelheiten ab. Von den Partnern solle einer den anderen hemmeln zu wollen.

Abg. Meyer-Berlin (Staatsp.) bezeichnete das Abkommen als die Konsequenz der Genfer Weltwirtschaftskonferenz von 1927. Bei aller Not der Landwirtschaft müsse man auch auf die Notlage der Arbeiterschaft Rücksicht nehmen.

Im Verlaufe der zweiten Lesung des Arbeitsrats erklärte Freiherr v. Stauffenberg (Landvolk), wenn man der Landwirtschaft die Heranziehung ausländischer Wanderarbeiter vorwerfe, dann übersehe man, daß für den Auswärtigenbau z. B. nur schwer deutsche Arbeitskräfte gewonnen werden können. Abg. Schwager (Bayer. Vp.) erklärte die nächsten Aufgaben in der Senkung der Verwaltungsausgaben und im Abbau der Steuerlast. Ferner müsse die Regierung mit allen Mitteln gegen den Verfall der Betriebe und den Youngplan vorgehen. Sozialgesetzgebung und Sozialversicherung sind unter allen Umständen aufrecht zu erhalten. Abg. Schneider-Berlin (Staatsp.) forderte den Abschluß der Lohnsenkungssaktion. Der Preisabbau habe mit dem Lohnabbau nicht Schritt gehalten; die reale Kaufkraft sei gesunken. Verfürgung der Arbeitszeit sei ein Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Reichsarbeitsminister Stegerwald,

der dann das Wort nahm, führte aus: Bei der Tarifvertragsgestaltung stehe ich auf dem Standpunkt, daß man die Unterstützung der Unstimmigkeiten zunächst den Tarifparteien selbst überläßt.

Unsere Lohnpolitik wird dadurch erschwert, daß wir nicht nur mit England und Amerika zu konkurrieren haben, sondern auch mit Ländern, deren Währung aufwertet.

Nach dieser Zeit wird bei denen deshalb auch die Unterstützung viel niedriger ist als bei uns.

Wenn über die Kürzungen beim Sozialetat gesprochen wird, so vergißt man, daß die Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung doch auch die Arbeitgeber um hohe Beiträge belastet, die man eigentlich als Steuererleichterungen betrachten kann.

Die Sicherung der Anknüpfungssachen ist die dringende Aufgabe des nächsten Jahres. Wie das geschehen soll, ist noch nicht geklärt. Die Situation ist dadurch so schwierig geworden, weil das sogenannte Pfandgeld und in der Mittelbeschaffung hemmt. Der Versuch allein kann die Mittel für die Anknüpfungssicherung nicht aufbringen. Am Dienstag wird sich der Sozialpolitische Ausschuss mit diesen Fragen beschäftigen.

Der von den Gewerkschaften vorgeschlagene Weg der Kohlenabgabe ist erst gangbar, nachdem das europäische Kohlenabkommen zustande gekommen ist. Auch der sozialdemokratische Antrag, auf die Industriebelastung zurückzugreifen, ist im Jahre 1931 nicht durchführbar, weil für dieses Jahr die Industriebelastung ja auch für die Kohle noch gar nichts aufbringt.

Für 1931 geht es nur so, daß das Reich, die Invalidenversicherung, die Angestelltenversicherung und die Vergütung gemeinsam Opfer bringen.

Mit der Reform der Arbeitslosenversicherung müssen wir uns weiter beschäftigen. Zum Schluss behandelte Minister Stegerwald noch

die Frage der ausländischen Wanderarbeiter, wobei er betonte, es sei unmöglich, von einem Jahr zum anderen die Einwanderung solcher Arbeiter ganz zu verbieten. Die Reichsregierung werde aber alle Maßnahmen treffen, damit im nächsten Jahre die Zahl dieser Arbeiter sehr stark herabgesetzt werden könne. Später mächten die Wanderarbeiter ganz ausgeschaltet werden.

Die Abg. Seiwitz (Hr.) und Seiwitz (Soz.) schilberten die steigende Belastung der Gemeinden durch die Wohlfahrtskassen für die ausgesetzten Gewerkschaften und forderten die Zusammenfassung der Kräfte mit der Fürsorge für die Wohlfahrtskassen.

Zum Schluss erörterte Abg. Freidal von der Wirtschaftspartei die besonderen Schwierigkeiten im Baugewerbe. Die Weiterberatung wurde alsdann auf Montag vertagt.

Verschiedenes.

Der Studentenbund für Mission ladet alle Studenten und Studentinnen ein zur 7. allgemeinen studentischen Missionskonferenz, die vom 9. — 14. April in Halle a. S. stattfindet. Die Hauptthemen und Redner sind: 1. Das Sterben der primitiven Religionen und die Aufgaben der Mission an ihnen (D. Gutmann). — 2. Die gegenwärtige Lage im Islam und ihre Bedeutung für die Mission (D. Simon). — 3. Die religiöse Lage im gegenwärtigen Indien und die Mission (Prof. D. Schomerus). — 4. Der Wahrheitsgehalt der nichtchristlichen Religionen und das Christentum (Prof. D. Althaus). — 5. Der entscheidende Charakter des Missionsmotivs für Form und Wert der Missionsarbeit (D. Knak). — Weitere Referate sind: Rasse und Mission (P. Jasper). — Wertvolle Mission (Prof. Dr. Olpp). — Frauenmission (Stud. Käthe Unruh). — Die Judenmission einst und jetzt (D. von Harling). — Das Christusbild Indiens (Missionsdirektor Sartenstein). — Die Krisis der chinesischen Kirche (Prof. D. Richter). — Dazu kommen Berichte vom Missionsfeld, Uebersichten über die Arbeit des studentischen und akademischen Missionslebens u. a. m. Anfragen und Anmeldungen zur Konferenz, für die der Tagungsbeitrag einschließlich Verpflegung und Unterkunft 8,— RM beträgt.

Bethel.

— Christlicher Verein j. Männer. Heute, Montag 8½ Uhr Männerchor in „Ephrata“.

— Ausstellung. Am Mittwoch, den 18. März, findet in der Haushaltungsschule „Eckardtshaus“ wie alljährlich die Ausstellung von Schülerarbeiten statt. Es wird herzlich dazu eingeladen. Besichtigung: 10 bis 12 und 14 bis 18 Uhr.

— Bethel-Orchester. Zur Verstärkung des Bethel-Orchesters werden noch Damen und Herren für sämtliche Streichinstrumente gesucht.

Meldungen an Hausvater Wellmann, Bethel, Fuhrgeschäft.

— Handarbeitsbeutel — vom Friedhofsweg, bei Dethan vorbei bis Ramweg — verloren. Gegen Belohnung abzugeben bei Frau Dr. Müller, Ramweg 2.

Schriftleitung: B. Kraus, Wirtschafts- und Politik: R. S. Bittel, Anzeigen: R. Diekmann, alle in Bethel. Zuschriften für die Schriftleitung: Bielefeld, Schleifach 28. Für Sendungen Postfachkonto: Hannover 67377, „Aufwärts“. Christliches Tageblatt, Bethel b. Bielefeld. Fernruf 3911/3919. Am Bielefeld. Druck und Verlag: Anstalt Bethel.

Bethel

Die staatl. anerf. Haushaltungssch. Eckardtshaus der Westf. Diakonissenanstalt Sarepta bietet in ihrem Internat Töchtern christl. Fam. Ausbildung in allen Zweigen des Haushalts. Gründl. hauswirtsch. Durchbildg. ermöglicht den Eintritt in praktische Berufe. Vertiefung der Allgemeinbildg., Lebensschulg. sind Ziele der Schule. Aufn. im April u. Oktober. Prospekte b. d. Leitung d. Schule.

Zionskirche Bethel

Musikalische Nachfeier

zum 100. Geburtstag Friedrich v. Bodelschwinghs

Donnerstag, den 19. März 1931, abends 8 Uhr
Freitag, den 20. März 1931, Wiederholung

Ausführende:

Der erweiterte Kirchen- und Oratorienchor, Frau Elisabeth Schreiff (Sopran), Gerard Bunt (Orgel)
Leitung J. P. Seiler.

Vortragsfolge:

1. Cantate, Selig sind die Barmherzigen J. P. Seiler
 2. Orgelfsolo, Prael. und Fuge (Es dur) J. S. Bach
 3. Cantate, Ich hatte viel Bekümmernis J. S. Bach
- Dazwischen allgemeine Gesänge

Eintrittspreis 1.— M. (nur in der Anstaltspost 75 Pfg. im Vorverkauf). Schlusskassette für die Anstalt Bethel.

Töchterheim

des Diakonissenhauses Kassel

staatl. anerkannte Haushaltungsschule, Landgraf Karlstr. 23, bietet jungen Töchtern Gelegenheit, sich zu tüchtigen Frauen und Müttern auszubilden. Näheres Prospekt.

Suche zum 1. April oder später ein sauberes, kräftiges

jung. Mädchen

zur Hilfe im Hausstand. Bei Familienanschluss und Gehalt.
Frau W. Greve, Landmann,
Al. Reher b. Marienfeld
Rageburg Land (Vbg.)

Zur Unterstützung der Hausdame in schönem Einfamilienhaus (2 Personen) gewissenhaftes

Mädchen

oder Stütze gesucht. Angebote erbeten unter A 1310 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Geb. Mädchen, 24 J. (Obersekundareife) mit Buchführung, Schreibmaschine sowie allen Hausarbeiten vertraut, sucht

Wirkungskreis

3jähr. prakt. Tätigkeit in einem Kinderheim. Gest. Zuschr. an
E. Brüne, Kleinern
(Bad Wildungen Land)

Das Horn-Soloquartett der Altonaer Stadtmusik sucht zur Aushilfe von Mitte April bis Ende Juni einen guten

Zweitenstimme-Bläser

für Hof- u. Straßenmusik. Feste Einstellung evtl. ab 1. August. Anfragen mit Rückporto, Lebenslauf und Lichtbild an
P. Hennig, Altona (Elbe),
Poststraße 7

Durch Kontrolle des vereidigten Chemikers Dr. Bobinus, Bielefeld, ist die Echtheit meines

Bienen-Honig

10 Pf. Dose 10.65 RM, vorwiegend Acker-Bienenbrot 12.80 RM, halbe Dose 6.10 RM und 7.10 RM, 1½ Pf. Dose 2.00 RM und 2.20 RM frei Haus. Nachn. 30 Pf. mehr. Gar. Rücknahme. W. Krieger, Borgeln 2, Kr. Soest.
Dieser Honig ist auch in Ophir, vereinigte Vertriebsstellen der Anstalt Bethel, zu haben.

Bad Berka. In kleinem Erholungsheim finden

3-4 junge Mädchen

Aufnahme zur Erlernung der Küche, des Haushalts, anfertigen v. Wäsche u. Kleidern, Handarbeiten. Pensionspreis 60 Mk. monatl. Ebenso junge Mädchen und Kinder guten

Erholungsaufenthalt

für kürzere u. längere Zeit bei mäß. Preis. C. Rat, Klosterberg 59a.

Braubach Aben

Haus Friedrich

Christliches Erholungsheim

nur für Erwachsene. Ruhiges, alkoholfreies Haus mit herrlicher Rheinaussicht. Besitzer

August Friedrich und Frau
Telefon 34. — Prospekte frei.

Kinderhaus

Seimgarten

Gegr. 1905

Jugendheim an d. Bergstraße bei Darmstadt.

Erfah. des Elternhauses, vorübergehend oder dauernd. Schule für Schulanfänger und Fortgeschrittene. 15 Kinder.

Kur-Anstalt Erholungsheim

vegetarisch und Rohkost

Benneckenstein-Hochharz unweit Braunlage

Pastor Felckebren. Prosp. freil.

Stellengesuche u. Angebote

haben im „Aufwärts“ großen Erfolg!

Osterflugblatt

Sonderausgabe unseres Sonntagsblattes „Für Herz und Haus“, ein vierseitiges Verteilblatt, geeignet zum Verteilen an Kirchtagen und auf Friedhöfen. Probenummern stehen auf Wunsch zur Verfügung.

Das Stück kostet 2 Pfennig
Von 100 Stück ab portofrei
Von 500 Stück ab 25 % Preisnachlaß
Von 1000 Stück ab 40 % Preisnachlaß
Von 5000 Stück ab 50 % Preisnachlaß

Bestellungen erbeten an den

Blätterverlag der Anstalt Bethel

Abteilung „Herz und Haus“. Postfach Hannover 7382.

Gemüse-, Feld- u. Blumensamen

Knollengewächse:

Dahlien, Gladiolen, Begonien.

Baumstulartikel:

Obstbäume, Ziersträucher, Rosen,

Nadelhölzer. — Blütsenlauden usw.

Gärtnerei und Samenhandlung

der Anstalt Bethel bei Bielefeld

Leibstüßbinden

erhöhen das Wohlbefinden

fachmännische Beratung und Bedienung

Reformhaus zur Gesundheit

Bahnhofstraße 2

Ed. Zahnplah